

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Die Deutsche Frage - Von 1848 bis 1871

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



Die Deutsche Frage – Von 1848 bis 1871

Wolfgang Heinrichs, Annette Schmaalen, Peter Lindhorst



© Gensinger

Wie die Gründung des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 „geschichtswegweisend“ Fakt ist, das Kaiserreich ist umstritten. Die Diskussionen reichen von der Frage, ob die Bundesrepublik in der rechtlichen Tradition des Deutschen Reiches steht bis zur Wertung der Epoche als „Vorstufe zum Nationalsozialismus“. Fakt ist auch, dass diese Eingangsperiode zu seiner Gründung führte, ähnlich wie in anderen Staaten des 19. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt der großen Debatten der Zeit stand dabei immer die Frage, ob „kleindeutsche“ oder „großdeutsche“ Lösung. Der Krieg von 1866 spielte schließlich die Weichen für ein deutsches Reich ohne Österreich und die süddeutschen Staaten. Diese kamen 1871 hinzu, ebenso wie Elsaß-Lothringen. Preußen und allen voran der preußische Reichskanzler Bismarck spielten in diesem Prozess eine entscheidende Rolle. Anhand zahlreicher Text- und Bildquellen analysieren und diskutieren die Schüler den Weg von 1848 zur Reichsgründung.

RAABE
LEHRMATERIALIEN

Die Deutsche Frage – Von 1848 bis 1871

Wolfgang Heinrichs, Antonia Schnauber, Peter Lindhorst



© Gemeinfrei

Ist die Gründung des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 „geschichtsvergessen“? Fakt ist, das Kaiserreich ist umstritten. Die Diskussionen reichen von der Frage, ob die Bundesrepublik in der rechtlichen Tradition des Deutschen Reiches steht bis zur Wertung der Epoche als „Vorstufe zum Nationalsozialismus“. Fakt ist auch, dass drei Einigungskriege zu seiner Gründung führten, ähnlich wie in anderen Staaten des 19. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt der großen Debatten der Zeit stand dabei immer die Frage, ob „kleindeutsche“ oder „großdeutsche“ Lösung. Der Krieg von 1866 stellte schließlich die Weichen für ein deutsches Reich ohne Österreich und die süddeutschen Staaten. Diese kamen 1871 hinzu, ebenso wie Elsaß-Lothringen. Preußen und allen voran der preußische Reichkanzler Bismarck spielten in diesem Prozess eine entscheidende Rolle. Anhand zahlreicher Text- und Bildquellen analysieren und diskutieren die Schüler den Weg von 1848 zur Reichsgründung.

Die Deutsche Frage – Von 1848 bis 1871

Wolfgang Heinrichs, Antonia Schnauber, Peter Lindhorst

1	Fachwissenschaftliche Hinweise	1
1.1	Von der Paulskirche nach Versailles	1
1.2	Die Rolle von Preußen und Bismarck	2
1.3	Die Einheit und der Krieg	4
2	Methodisch-didaktische Hinweise	4
3	Literatur und Medien	6
4	Materialien und Arbeitsaufträge	8
4.1	Großdeutsch oder kleindeutsch?	8
4.2	Der Weg zur Reichsgründung 1862–1871	18
4.3	Der Einfluss Preußens	32
4.4	Die Einheit und der Krieg	42
4.5	Klausurvorschlag	51
5	Erwartungshorizonte	53

Die Schüler lernen:

Die Schüler¹ lernen, Quellen sachgerecht zu analysieren und historisch einzuordnen (Sachkompetenz). Gleichzeitig üben sich die Lernenden im Umgang mit Kartenmaterial (Methodenkompetenz), welches sie auswerten und Erkenntnisse für den Lauf der Geschichte daraus ziehen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Diskussion um den Einfluss Preußens und das kulturelle Gedächtnis von 1871. Die Schüler sind aufgefordert, zu reflektieren, wie man im Allgemeinen mit dem 18. Januar 1871 umgeht und welche Meinung sie dazu vertreten (Reflexions- und Orientierungskompetenz). Darüber hinaus spielt die Analyse von Bildmaterial aus dem Krieg gegen Frankreich eine besondere Rolle. Die Schüler beschreiben die Bilder und bewerten ihren Einfluss sowie die festgehaltenen Ereignisse für die Menschen damals (Methoden- und Reflexionskompetenz).

Überblick:

Legende der Abkürzungen:

BA Bildarbeit

KA Kartenarbeit

QA Quellenarbeit

TA Textarbeit

Thema	Material	Methode
Großdeutsch oder kleindeutsch?	M 1–M 2	KA, QA, TA
Der Weg zur Reichsgründung 1862–1871	M 3–M 4	KA, QA, TA
Der Einfluss Preußens	M 5–M 6	TA, QA
Die Einheit und der Krieg	M 7–M 10	BA, QA
Klausurvorschlag	M 11	TA, QA

¹ Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird im Folgenden nur die männliche Form genannt. Selbstverständlich sind damit immer alle Geschlechter gemeint.

Die Deutsche Frage – Von 1848 bis 1871

1 Fachwissenschaftliche Hinweise

1.1 Von der Paulskirche nach Versailles

Zwei Probleme traten für Deutschland im Blick auf die nationale Einheit während der Beratungen in der Frankfurter Paulskirche 1848/49 immer deutlicher zutage. Das erste war die ungelöste Verfassungsfrage. Wie sollte der deutsche Nationalstaat konstitutionell aufgestellt sein, landständisch oder repräsentativ? Und wer sollte das deutsche Volk repräsentieren? Die zweite Frage stellte sich nach der Ausdehnung. „Großdeutsch“ unter Einschluss, gar Führung Österreichs oder „kleindeutsch“, ein Bundesstaat unter preußischer Hegemonie.

Letztlich wurde in der Frankfurter Paulskirche die „kleindeutsche Lösung“ entschieden, da Österreich, seit Ende 1848 in einen Neoabsolutismus verfallend, es ablehnte, dass nur der deutsche Teil seines Gesamtstaates sich anschließen durfte. Heinrich von Gagern hatte einen Doppelbund angeregt, einen engeren kleindeutschen und einen größeren, in dem Österreich mit dem kleindeutschen geeint sein würde. Doch erwies sich dieser ebenso illusionär wie die erhoffte Annahme der Kaiserkrone durch den preußischen König. Ungelöst blieb auch die „Schleswig-Holstein-Frage“. In der Inanspruchnahme des preußischen Militärs gegen die Expansion des seinerseits nationalbegeisterten Dänemarks verbündete sich das erste gesamtdeutsche Parlament mit einer nicht-demokratischen Gewalt, die es nicht kontrollieren konnte und offenbarte seine Exekutivschwäche. Ein ähnliches Bündnis vollzog sich im polnischen Aufstand in der Provinz, dem das preußische Militär vereint mit den Nationaldeutschen entgegentrat.

In der 1849 von der Nationalversammlung entworfenen Paulskirchenverfassung wurden erstmals unveräußerliche Freiheits- und Grundrechte für Deutschland festgeschrieben. Sie erwiesen sich genauso fundamental für das Selbstverständnis der deutschen Nation wie das konstitutionell abgesicherte bürgerliche Mitbestimmungsrecht. Die von einem frei gewählten Parlament getragene Verfassung Deutschlands blieb auch nach dem vorerst missglückten Einheitsversuch der Revolution Grundpfeiler nationaler Identität. Geseheitert ist die Revolution aufgrund der divergierenden Ziele der Beteiligten. Bürger, Bauern, Arbeiter, Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum verfolgten ihre je eigenen Interessen, die sozial und ökonomisch auseinanderliefen. Auch gab es keine Anbindung der traditionellen, adligen Herrschereliten an ein demokratisches System. Trotzdem gab die Paulskirche die Weichenstellung in Richtung einer Monarchie mit dem Titel „Deutsches Reich“. Deutschland wurde als ein föderativer Bundesstaat entworfen, so wie er 1871 seine Gestalt gewann, freilich ohne Österreich und unter preußischer Dominanz, nicht

mit einem parlamentsberufenen, sondern von den Fürsten akklamierten Kaiser unter der Regie seines Kanzlers Bismarck.

Nicht allein die Anknüpfung an das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, sondern auch die an die Vereinigten Staaten hatte in der Verfassungsdiskussion um die Föderalismusfrage eine Rolle gespielt. Bereits in der Paulskirche standen Fragen des Finanzausgleiches und der gegenseitigen Unterstützung der deutschen Länder zur Diskussion, auch die später von Bismarck geregelten staatlichen Sozialleistungen, die, anderes als in der liberalen USA, als Kernkompetenz des Nationalstaates gesehen wurden, wozu sekundär das Subsidiaritätsprinzip trat, Element des Wohlfahrtsstaates, das bis heute das deutsche Nationalbewusstsein prägt.

Entscheidend für den Durchbruch zum deutschen Nationalstaat, der durch seine politische Einheit in der Lage war, den mitteleuropäischen Wirtschaftsraum und gleichzeitig die aus diesem resultierenden sozialen Konkurrenzen zu einen, wurden schließlich die von Preußen gesteuerten „Einigungskriege“ gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71). Sie drückten nachhaltig der Reichsverfassung von 1871 ihren Stempel auf und brachten für das geeinte Deutschland gleich zwei Probleme mit sich. Zum einen wurde das von einem Obrigkeitsstaat eingesetzte Militär zum Garanten bzw. Wahrzeichen deutscher Einheit, zum anderen stieg mit den Kriegen Deutschland zur zentralen Führungsmacht auf, die mit den anderen europäischen Großmächten konkurrierte. Die Deutsche Frage war unweigerlich mit der europäischen verbunden. Bereits der Krimkrieg (1853–56) und die italienischen Kriege (1859/1866) trugen beide zur deutschen Einheit bei. Die preußische Neutralitätspolitik während des Krimkrieges ließen die Großmächte in einem geeinten Deutschland nicht länger eine potenzielle Gefährdung ihrer Interessen sehen, sondern zugleich einen ausgleichenden Stabilitätsfaktor sowie einen ihren Interessen entgegenkommenden Wirtschaftsraum. Die Italienkriege fachten die nationale Begeisterung in Deutschland weiter an und sorgten für eine Bundespolitik, die sich von den österreichischen Interessen distanzierte. Eine preußische Hegemonie im Norden Deutschlands versprach für die europäischen Großmächte zunehmend eine tragbare, die alte des Wiener Kongresses ersetzende Friedensordnung.

1.2 Die Rolle von Preußen und Bismarck

Die Verfassungsfrage Deutschlands entschied sich in Preußen, außenpolitisch auf dem Feld kriegerischer Auseinandersetzungen. Die Weichenstellung vollzog sich hingegen durch einen innenpolitischen Machtkampf im preußischen Heeres- und Verfassungskonflikt (1861–1866). Ausgelöst wurde dieser durch die auch von liberaler Seite unterstützte Sichtweise des preußischen Königs und späteren Kaisers Wilhelms I., der in der Nachfolge seines Bruders Wilhelms IV. eine „neue Ära“ einleitete.

Die Leitvorstellung ging davon aus, dass die Souveränität Preußens, wie ganz Deutschlands, militärisch errungen werden müsse. Die Zukunft eines geeinten, territorial erweiterten, modernen Deutschlands, so das Paradigma der preußischen Außenpolitik, hänge von der Heeresverfassung ab. Das Militär sollte jedoch, nach Wilhelm I. und Kriegsmminister Albrecht Graf von Roon, seine bürgerliche Ausrichtung, etwa in der Landwehr und den Wehrpflichtigen, verlieren. Es sollte allein auf den König verpflichtet, von den Offizieren aus dem Landadel geführt sein und als „Schule der Nation“ dienen. Die Liberalen antworteten auf diesen Vorstoß, den Staat von einem Kern der alten Adelseliten her aufbauen zu wollen, mit einer Verweigerung der für die Heeresreform nötigen finanziellen Mittel.

Als sich über Jahre kein Kompromiss abzeichnete, plante Wilhelm I. bereits seinen Rücktritt zu Gunsten seines Sohnes Friedrich Wilhelm, als von Roon ihm empfahl, Otto von Bismarck zum Ministerpräsidenten zu berufen. Wilhelm ging zögernd darauf ein, doch ernannte er ihn am 23. September 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten und kurz darauf auch zum Außenminister. Bismarck setzte den Heeresetat durch, indem er sich verfassungswidrig auf die sogenannte „Lückentheorie“ berief, nach der bei einer Nichteinigung von Parlament und König der Monarch als Oberkommandierender des Heeres auch über dessen Etat, wenigstens vorübergehend, bestimmen dürfe.

Eine Woche nach seinem Amtsantritt, am 30. September, hielt Bismarck vor der Budgetkommission des Landtages, in der die liberalen Abgeordneten vor „catilinarischen Existenzen“ bzw. einem Umsturz warnten, seine „Eisen-und-Blut-Rede“ (M 3b). Bismarck deutete hingegen an, dass er über die von den Liberalen geforderte Beibehaltung einer zweijährigen statt der vom König geforderten dreijährigen Wehrpflicht mit sich reden lasse und ging damit nicht auf absoluten Konfrontationskurs zu den Liberalen. Er akzeptierte, anders als die starre Haltung Wilhelms und der „Militärpartei“, welche auf eine Annullierung der preußischen Verfassung drängte, dass künftige Entscheidungen Krone und Parlament gemeinsam zu tragen hatten. Der deutsche Einheitsstaat wurde durch Bismarck als ein Miteinander von bürgerlicher Mitbestimmung und „Kronengewalt“ entworfen, wobei letzterer allerdings die Richtungskompetenz zufiel.

Bismarck wurde aufgrund seiner Vermittlung zwischen Monarchen und Volksvertretung als „weißer Revolutionär“ (Henry Kissinger) bezeichnet. Doch trotz dieses antireaktionären Kurses und der drei „Einigungskriege“, in deren Folge die Nationalliberale Partei (1866/67) aus dem rechten Flügel der gegen Bismarck seit 1861 opponierenden Fortschrittspartei hervorgegangen war, verfügte der spätere Deutsche Reichstag lediglich über eine eingeschränkte Kompetenz. Nichtsdestoweniger war der deutsche Nationalstaat mehr als ein „ewiger Bund von Fürsten“. Es benötigte indes noch weiterer „Revolutionen“, bis es zuerst in der Weimarer Republik und schließlich in der Bundesrepublik Deutschland zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Deutschen kam.

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Die Deutsche Frage - Von 1848 bis 1871

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



Die Deutsche Frage – Von 1848 bis 1871

Wolfgang Heinrichs, Annette Schmaalen, Peter Lindhorst



© Gemeinfrei

Wie die Gründung des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 „geschichtswegweisend“ Fakt ist, das Kaiserreich ist umstritten. Die Diskussionen reichen von der Frage, ob die Bundesrepublik in der rechtlichen Tradition des Deutschen Reiches steht bis zur Wertung der Epoche als „Vorstufe zum Nationalsozialismus“. Fakt ist auch, dass diese Eingangsphase zu seiner Gründung führte, ähnlich wie in anderen Staaten des 19. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt der großen Debatten der Zeit stand dabei immer die Frage, ob „kleindeutsche“ oder „großdeutsche“ Lösung. Der Krieg von 1866 spielte schließlich die Weichen für ein deutsches Reich ohne Österreich und die süddeutschen Staaten. Diese kamen 1871 hinzu, ebenso wie Elsaß-Lothringen. Preußen und allen voran der preußische Reichskanzler Bismarck spielten in diesem Prozess eine entscheidende Rolle. Anhand zahlreicher Text- und Bildquellen analysieren und diskutieren die Schüler den Weg von 1848 zur Reichsgründung.

RAABE
LEHRMATERIALIEN